

Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) - ihre sozioökonomischen Voraussetzungen und Folgen

Matin Baraki*

„Die Bodenreform bot eine Zukunft für viele, die bisher keine hatten: Landarbeiter, Gutsknechte und vor allem hunderttausende Umsiedler und Flüchtlinge. ‚Junkerland in Bauernhand‘ gehörte zu den inhaltlichen Beschlüssen des Potsdamer Abkommens.“¹

Vorbemerkung

Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten wurden die linken Kräfte paralytisiert, inzwischen haben sie sich offenbar soweit erholt, daß sie sich seit einiger Zeit an der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte sowie der Untersuchung der Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus beteiligen. Nicht zu vernachlässigen ist auch die wissenschaftliche Erforschung der Errungenschaften des Realsozialismus, die, nachdem die erste emotionale Phase nun von einer sachlicheren Betrachtungsweise abgelöst worden ist, gelegentlich auch von Gegnern nicht verschwiegen werden.

Nach dem Überlaufen von Gorbatschow & Co. gilt in ehemals kommunistischen Kreisen Unterwürfigkeit als Tugend oder zumindest als Beweis für Talent. Jetzt wird jeder gemietet, der sich nicht verkauft² (Eduardo Galeano). In so einer Zeit ist es natürlich leichter und gilt sogar als chic, öffentlich Kritik und Selbstkritik zu üben - ohne die prinzipielle Bedeutung von Kritik und Selbstkritik schmälern zu wollen - , statt die positiven Aspekte eines vorläufig gescheiterten Gesellschaftssystems herauszuarbeiten, weil die Gefahr, als "Stalinist" abgestempelt zu werden, in diesem Fall wie ein Damoklesschwert über einem schwebt.

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ist von der Weltkarte getilgt worden, aber der kalte Krieg gegen die DDR geht unvermindert weiter. Daher darf die DDR bzw. die Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht nur den alten und neuen DDR-Forschern aus dem bürgerlichen Lager überlassen werden, denn es geht hier nicht nur um die DDR an sich, sondern um die Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus überhaupt. Die Bodenreform in der SBZ gehört zu den bedeutenden Errungenschaften der DDR.

Sie trug entscheidend zur Stärkung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Bauernschaft bei.

¹ Kalinowski, Burga: „Komm rein, hier sitzt du gut“, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 29./30.8.2015, S. 18.

² Vgl. Galeano, Eduardo: Trotz aller Einwände, in: Frankfurter Rundschau (FR), 9.5.1992, S. ZB2.

Die erste Phase der Bodenreform 1945-1949 und die Probleme, die bei ihrer Durchführung aufgetreten sind, sowie die jüngsten Entwicklungen nach der Einverleibung der DDR durch die BRD, werden in diesem Beitrag untersucht.

I. Besitzverhältnisse auf dem Lande vor der Bodenreform - Die Verknüpfung von Junkertum und Industriekapitalismus.

„Also ich würde sagen, erstens ist die Kaste der Grossgrundbesitzer und ihre Klientel beseitigt worden.“³

Betrachtet man die deutsche Geschichte, so wird deutlich, daß sich Großgrundbesitz auf deutschem Gebiet seit dem frühen Mittelalter im Zusammenhang mit den feudalen Herrschaftsstrukturen herausgebildet hatte. War die Landwirtschaft vor der Industrialisierung weitgehend feudalistisch, entwickelte sie nach der Abschaffung der Leibeigenschaft im Zeichen des entstehenden Kapitalismus andere Formen der Ausbeutung: an Stelle der Leibeigenen arbeiteten nun Pächter und Landarbeiter auf dem Boden der Junker. Infolge des Ersten Weltkrieges verschärfte sich die Lage der Landbevölkerung weiter, und die Krise des junkerlich-bürgerlichen deutschen Imperialismus war unübersehbar. Deutschland stand am Vorabend einer Revolution, in deren Verlauf die in den östlichen Gebieten Deutschlands entstandenen modernen Großbetriebe ohne ökonomische Probleme in sozialistische Genossenschaften hätten umgewandelt werden können.⁴ Im Laufe der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus waren die Großgrundbesitzer zu Agrarkapitalisten und damit zu einem untrennbaren Bestandteil der imperialistischen Großbourgeoisie geworden. Sie hatten Betriebe der agrarverarbeitenden Industrie erworben und waren dadurch selbst mit dem Industriekapital verbunden. Um ihre ökonomische Macht weiter auszudehnen, beteiligten sie sich an Banken - so waren sie auch noch mit dem Finanzkapital verschmolzen - und erweiterten ihren Besitz an Grund und Boden. Die folgende Aufstellung zeigt in wenigen Beispielen den Umfang des Landbesitzes einiger adliger Großgrundbesitzer:

³ Watzek, Hans: „Das war eine gewaltige Umwälzung“, in: Junge Welt, Berlin, 19./20.9.2015, S. 2, (Beilage, Faulheit und Arbeit).

⁴ Vgl. Ostheimer, Christof: Kampf um die Scholle. Zur Agrarpolitik der KPD, Stuttgart 1976, S. 59.

Malte von Putbus	18.850 ha
von Schwerin	16.682 ha
Groß Hermann v. Arnim	15.800 ha
von Maltzan	11.849 ha
Fürst von Schönburg-Waldenburg	10.588 ha
von Heiden-Linden	10.321 ha
Graf v. Brühl zu Pforten	rd. 21.940 ha
Fürst zu Stollberg-Wernigerode	rd. 22.000 ha
Graf Stollberg-Rossla	rd. 9.000 ha
Graf Stollberg-Stollberg	rd. 8.000 ha ⁵

In Sachsen besaß der Fürst Günter von Schönburg-Waldenburg 8.600 ha,⁶ in Mecklenburg hatte der ehemalige Großherzog rund 10.600 ha, der Fürst zu Schaumburg-Lippe, der im Westen noch heute Grundbesitz hat, 9.900 ha, der Herzog von Anhalt 18.330 ha, dazu noch 1200 ha in der Provinz Sachsen, In Thüringen besaß der Fürst Reuß j.L. rund 10.800 ha Boden.⁷

Um die Ungleichheit auf dem Lande weiter zu verdeutlichen, folgt als Vergleich eine knappe Gegenüberstellung der Besitzverhältnisse in den einzelnen Provinzen von Großgrundbesitzern, Adligen, Junkern und Kleinbauern:

1. Land Brandenburg: 498 Adlige hatten 804.576 ha Land in Besitz, demgegenüber hatten alle 64.227 Kleinbauern nur 104.447 ha zur Verfügung.
2. Land Sachsen: 310 Junker verfügten über 145.050 ha Land und 35.317 Kleinbauern zusammen über nur 70.547 ha.
3. Provinz Sachsen: 386 Adlige hatten 288.426 ha Land in Besitz, und 101. 395 kleinbäuerliche Betriebe besaßen insgesamt nur 125.362 ha Land.
4. Mecklenburg: 334 adlige Großgrundbesitzer hatten 377.300 ha Land in Besitz, aber 20.545 Zwergbauern zusammen nur 25.574 ha.
5. Anhalt: 36 adlige Grundbesitzer besaßen 34.645 ha Land, aber 10.865 Kleinbauern insgesamt nur 12.901 ha.
6. Thüringen: 149 Junker hatten 45.055 ha Land in ihrem Besitz, 46. 634 Kleinbetriebe dagegen zusammen nur 63.204 ha.

Sechzehn der größten adligen Grundbesitzer im Deutschen Reich besaßen insgesamt 550.221 ha Land, im gesamten Land waren 3.610.614 ha Land im Besitz von 3.164

⁵ Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin/DDR 1959, S. 181; Rilling, Rainer: (Hrsg.), Sozialismus in der DDR, Bd. I, Köln 1979, S. 130.

⁶ Vgl. Siehe ausführlich dazu: Jacob, Otto: Vierzig Jahre Bodenreform in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1984.

⁷ Vgl. Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin/DDR 1959, S. 181; Rilling, Rainer: (Hrsg.), Sozialismus in der DDR, Bd. I, Köln 1979, S. 130.

Adligen.⁸ Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Eine ganz kleine Minderheit der Bevölkerung hatte sich über Jahrhunderte hinweg in den Besitz des größten Teils des Landes gebracht. Auf dem Gebiet der DDR verfügten 1939 1,4% aller landwirtschaftlichen Betriebe über 41,9% der Gesamtbodenfläche.⁹

II. Politischer und ökonomischer Einfluß der Großgrundbesitzer und Junker und ihre Verbindung zum Faschismus

Damit die Großgrundbesitzer und Junker ihre Interessen sowohl politisch als auch ökonomisch besser durchsetzen konnten, hatten sie ihren Einfluß auf den Staatsapparat und die Verwaltung ausgedehnt. Sie hatten hohe Positionen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens erworben, z.B. in der Judikative, bei der Polizei und in der Reichswehr. Nach einer Statistik vom 1.5.1932 waren in der Reichswehr 52% der Generäle und 29% der Obersten Adlige.¹⁰ Das reaktionäre Wesen der Großgrundbesitzer und Junker ist auch daran zu erkennen, daß sie während und nach der Novemberrevolution von 1918 an der Zerschlagung der revolutionären Kräfte beteiligt waren.¹¹ Bei der Belebung von Faschismus und Militarismus in der Weimarer Republik haben sie zusammen mit Bankiers und Industriellen eine entscheidende Rolle gespielt und sich dann auch als Steigbügelhalter des deutschen Faschismus erwiesen.

Der Klassencharakter des Faschismus und seine Bevorzugung der Herrschenden zeigt sich ebenfalls deutlich am faschistischen Agrarprogramm. Die Hauptziele dieses Programms in der Anfangsphase des „Dritten Reiches“ waren folgende: "a) Stützung und Steigerung der ökonomischen und politischen Macht des Finanzkapitals über die gesamte Landwirtschaft [...] b) Stärkung des kapitalistischen Sektors in der Landwirtschaft und der Macht des monopolistischen Großgrundeigentums [...] c) Beschleunigte Verdrängung und Expropriierung der Klein- und Zwergbauern sowie eines Teiles der Mittelbauern [...] d) Förderung einer möglichst breiten und politisch zuverlässigen Schicht von privilegierten Großbauern als Stütze der faschistischen Diktatur auf dem flachen Land."¹² Demgegenüber litt die Landbevölkerung unter einem sehr niedrigen Lohnniveau, mitverursacht durch die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ein Landarbeiter in den letzten Jahren des Faschismus bekam

⁸ Vgl. ebenda.

⁹ Vgl. Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 145.

¹⁰ Vgl. Tägliche Rundschau, 8.9.1945, nach Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 132.

¹¹ Vgl. ebenda.

¹² Edwin, Hörnle: Das Agrarprogramm und die Agrarpolitik des Faschismus, in: Fragen des Agrarprogramms und der Agrarpolitik, Moskau 1935, H. 1, S.57 f.

einen Stundenlohn von 43 Pf., wovon wiederum nur 5-10 Pf. bar ausgezahlt wurden.¹³ Zudem mußten junge Mädchen für ein geringes Entgelt ein "Pflichtjahr" auf dem Lande absolvieren, ausländische Kriegsgefangene wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt und mußten in den landwirtschaftlichen Betrieben der Junker schuften.

III. Notwendigkeit zur Durchführung der Bodenreform - der antifaschistisch-demokratische Aufbau

*Frau Thiering schilderte, wie angesichts von vielen Flüchtlingen und verlassenen Grossgrundbesitzümern die Bodenreform Menschen eine Perspektive bot und zugleich die Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung schuf.*¹⁴

*„Die Bodenreform habe zurückgedreht, was in den Jahrhunderten zuvor an rechtswidriger Aneignung durch die Grundbesitzer erfolgt sei, sagte Helmut Scholz.“*¹⁵

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg waren sich alle Demokraten einig: der Faschismus in Deutschland sollte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg und Unterdrückung ausgehe. Wenn man aus diesem Blickwinkel die Besitzverhältnisse an Grund und Boden, wie sie im vorigen Abschnitt an mehreren Beispielen erläutert wurden, und auch das Agrarprogramm der Faschisten betrachtet, so muß man zu dem Schluß kommen, daß politisch und ökonomisch gesehen die Durchführung einer Bodenreform zwingend erforderlich war, wollte man den Bauern eine sichere Existenz auf eigenem Boden ermöglichen. Denn nur durch die politische und ökonomische Entmachtung der herrschenden Klasse konnte eine der tragenden Säulen des deutschen Imperialismus und Militarismus beseitigt und der friedliche Aufbau des demokratischen Lebens ermöglicht werden.

Als die Außenminister der vier Siegermächte der Antihitlerkoalition am 12.4.1947 den Plan einer Bodenreform für ganz Deutschland billigten, war die Vorbereitung zur Durchführung dieser Maßnahme in der SBZ bereits weitgehend abgeschlossen.¹⁶ Während nach einem zögerlichen Beginn die Bodenreform in den besetzten Westzonen bald eingestellt wurde, begann man in der SBZ gleich nach der Befreiung

¹³ Vgl. Rühle, Otto: Vom Untertan zum Staatsbürger, Berlin/DDR 1957, S. 81, nach Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 147.

¹⁴ Krauss, Matthias: Eine Frage der Macht, in: Junge Welt, Berlin, 8.9.2015, S. 9.

¹⁵ Krauss, Matthias: Eine Frage der Macht, in: Junge Welt, Berlin, 8.9.2015, S. 9.

¹⁶ Vgl. Neubauer, Ralf: Rückkehr der Junker?, in: Die Zeit, Nr. 36, 2.9.1994, S. 26.

vom Faschismus im Jahre 1945 mit der Vorbereitung zur Durchführung der Bodenreform; ihre erste Etappe war 1949 abgeschlossen.

In ihrem Aufruf vom 8.9.1945 begründete das ZK der KPD die Bodenreform, besonders die politische Notwendigkeit dieser Maßnahme zur Beseitigung der Wurzeln des Militarismus.¹⁷ Die erste große revolutionäre Maßnahme, um die ökonomische Macht des Imperialismus in Ostdeutschland zu vernichten, war die Durchführung der Bodenreform. Die Aufteilung des Bodens an landlose und landarme Bauern war nötig, um die Ernährung der gesamten Bevölkerung zu sichern, aber auch um eine reale Möglichkeit für ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Bauern zu schaffen, dadurch sollten die Bedingungen zur Zerschlagung der Reaktion verbessert werden. Die konsequente Politik der KPD nach der Zerschlagung des Faschismus führte nach 1945 in der SBZ zur Bildung eines Bündnisses aller demokratischen, antifaschistischen Kräfte. Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bekannte sich in einer Erklärung vom 15.9.1945 zur Bodenreform: "Die Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes ist ein wesentliche Voraussetzung für die friedliche, demokratische Entwicklung in Deutschland [...] Diese Reform ist umso dringender, als infolge der verbrecherischen Kriegspolitik und Kriegführung Hitlers hunderttausende deutscher Bauern Hof und Boden, Vieh und Fahrnis verloren haben. Hunderttausende liegen heute mit Weib und Kind buchstäblich als Bettler auf der Landstraße. Durch die restlose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis und die Aufteilung des Besitzes der großen Feudalherren muß diesen Opfern der Hitlerpolitik geholfen werden [...] Nur freie Bauern auf freier Scholle werden in einem neuen demokratischen Deutschland unserem Volk sein tägliches Brot beschaffen [...] Die Bodenreform soll eine gerechte Bodenverteilung und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Sie bedeutet gleichzeitig einen entscheidenden Schritt zur friedlich-demokratischen Erneuerung unseres sozialen Lebens [...] Die demokratische Bodenreform soll vor allem auch Kriegsvertriebenen und sonstigen Opfern des Hitlersystems wieder eine im deutschen Boden wurzelnde Heimat geben".¹⁸

In dieser Erklärung sind die wesentlichen Ziele der Bodenreform angesprochen. Erst durch die Bodenreform wurde eine demokratische Entwicklung auf dem Lande

¹⁷ Vgl. Deutsche Volkszeitung, Nr. 79, 12.9.1945. zit. nach Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3, Bd. 1, Berlin/DDR 1959, S.148f.

¹⁸ Deutsche Volkszeitung, Nr. 82, 15.9.1945, zit. nach Dokumente und Materialien zur Geschichte, a.a.o., S. 157 f.

ermöglicht, nachdem die Reaktion sowohl politisch als auch ökonomisch entmachtet worden war.

Die Bodenreform gab den durch Krieg und Faschismus mittellos gewordenen Bauern und Aussiedlern eine neue Existenzgrundlage und sicherte der im Nachkriegsdeutschland durch Hunger bedrohten Bevölkerung die Lebensmittelversorgung. Durch gerechte Bodenverteilung sollte eine sofortige Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge erzielt werden. Vergleicht man die Besitzverhältnisse auf dem Lande vor und nach der Durchführung der Bodenreform - "feudale Überreste von Hörigkeit, Dienstbarkeit, Hand- und Spanndienst und mittelalterliche Pachtformen waren im Deutschland des hochentwickelten Kapitalismus bestehen geblieben"¹⁹ - so bedarf die Notwendigkeit einer Bodenreform eigentlich keiner weiteren Begründung. Sie hat die geschilderte sozio-ökonomische Ungleichheit auf dem Lande beendet.

IV. Politische und ökonomische Bedeutung der Bodenreform

„Die 85-jährige Brunhilde Pries pflegt diesen Gedenkstein mit Hingabe. ‚Ich weiss, was es heisst, mit Nichts die Heimat verlassen zu müssen‘, sagt sie, die mit Mutter und vier Geschwistern von jenseits der Oder flüchtete, mit Blick auf das gegenwärtige Flüchtlingsdrama. ‚Die Bodenreform hat uns ein neues Leben geschenkt.“²⁰

Die KPD betonte die politische Bedeutung der Bodenreform mehr als die ökonomische. Diese Prioritätensetzung ist Resultat der bei Kriegsende in der SBZ bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse. Durch die Bodenreform und die Bildung eines antifaschistisch-demokratischen Bündnisses konnte der deutsche Imperialismus und Militarismus politisch entmachtet werden. Am 3.9.1945 wurde eine Verordnung der Provinzverwaltung Sachsen verabschiedet, darin hieß es in Artikel 1: "Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorf ein Ende bereiten."²¹

Ein wichtiges Ergebnis der Bodenreform war die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Bauern für eine stabile und mächtige antiimperialistische und antifeudalistische Front. Dieses Bündnis hat nicht nur für

¹⁹ Zit. nach Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Berlin/DDR 1955, S. 213.

²⁰ Blaschke, Rosi: „Sie schenkte uns neues Leben“, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 5./6.9.2015, S. 25.

die Etappe der Entnazifizierung und Entmilitarisierung eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch für die Schaffung der Grundlage der sozialistischen Gesellschaft auf dem Gebiet der DDR. Die Arbeiterklasse hat, auf Initiative der Gewerkschaften, durch ihren Einsatz auf dem Lande in der Praxis bewiesen, daß sie auf der Seite der Bauern steht. Sie half bei der Einbringung der Ernte, beim Auf- und Neubau von Häusern und Ställen, bei der Reparatur von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Geräten. Am 16.8.1945 hatte Wilhelm Pieck auf der Arbeitstagung des Sekretariats der KPD-Leitung in Brandenburg dazu aufgerufen, daß man Hilfsmaßnahmen für die Sicherung der Ernte und die Demokratisierung des Dorfes vornehmen müsse.²²

V. Die politischen Parteien und die Durchführung der Bodenreform

Nachdem die Verwaltung der SBZ von faschistischen Elementen gesäubert und neu gebildet worden war, konzentrierte sich die Klassenauseinandersetzung auf die Bodenreform. "Der Kampf um die Zerschlagung der Machtpositionen der Großgrundbesitzer wurde zur ersten großen Kraftprobe zwischen dem antifaschistisch-demokratischen und dem reaktionären Lager."²³ Es bestand bei allen antifaschistisch-demokratischen Kräften Einigkeit über die Notwendigkeit einer Bodenreform, "aber nur die KPD verfügte über ein ausgereiftes Konzept für Ziele, Inhalte und Methoden einer konsequent antiimperialistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Lande."²⁴ Schon vor der Durchführung der Bodenreform hatte die KPD auf dem Land erhebliche Aufklärungsarbeit geleistet. Den Bauern und allen, die an der Bodenreform beteiligt werden sollten, wurde deren Bedeutung erläutert, um sie zur aktiven Teilnahme zu bewegen. Im Juli 1945 fanden Bauernberatungen statt, um diese von der Notwendigkeit der Bodenreform zu überzeugen. "Auf der Konferenz der Landräte Brandenburgs vom 16.-17. Juli 1945 betonte Walter Ulbricht, daß die Verwirklichung der Bodenreform in erster Hinsicht eine Sache der Bauern und Landarbeiter sein müßte, die zu diesem Zweck örtliche Bodenkommissionen bilden und den Boden der Junker vorbehaltlich einer späteren, endgültigen Regelung aufteilen sollten."²⁵ Im August des Jahres wurden solche Kommissionen gebildet. Die Unterstützung des Agrarprogramms der KPD durch die Bauern wurde in vielen Schreiben an das ZK der KPD sichtbar. "Wir Bauern sind bereit, aus dem Grund und

²¹ Volks-Zeitung, Halle, Nr. 19, 4.9.1945 zit. nach Dokumente und Materialien zur Geschichte, a.a.o., S. 136.

²² Vgl. Deutsche Volkszeitung, 18.8.1945, nach Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 158.

²³ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt/M.1978, S. 100.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Deutsche Volkszeitung, 25.7.1945, zit. nach Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 158.

Boden herauszuholen, was nur möglich ist. Dazu brauchen wir freie Bauernwirtschaften [...] Wir verlangen die Aufteilung des Bodens der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen und des ganzen Großgrundbesitzes über 100 ha an die Kleinbauern, Landarbeiter und Kriegsvertriebenen."²⁶ Täglich waren in der kommunistischen Presse ähnliche Zuschriften wie diese abgedruckt: "Wir Landarbeiter und Bauern in Sembten fordern die Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes" oder "Wir landarme Bauern von Groß-Drewitz fordern die sofortige Aufteilung des Rittergutes Groß-Drewitz."²⁷ Die KPD sprach sich für die entschädigungslose Enteignung des Bodens aller Kriegsverbrecher, Nazi-Aktivisten und Großgrundbesitzer, die mehr als 100 ha Land besaßen, aus. Dies rief natürlich unter den Kleinbauern und Landarbeitern ein positives Echo hervor und wurde von ihnen unterstützt. Um die Bodenreform auf eine stabile Grundlage zu stellen, leistete die KPD in allen Bereichen, auch bei den anderen Parteien, Aufklärungsarbeit und versuchte, alle von der Notwendigkeit der Bodenreform zu überzeugen. Die Landarbeiter und Bauern haben überwiegend Mitglieder der KPD in die Bodenreformkommissionen gewählt. Dies war ein Ergebnis der klaren Haltung der KPD zur Bodenreform, im Gegensatz zur widersprüchlichen Haltung anderer Parteien in dieser Frage. Infolge ihrer starken Vertretung in diesen Kommissionen konnte sie dort auch eine führende Rolle spielen. Aus der nachfolgenden Statistik vom 1.2.1946 wird deutlich, daß die KPD die am stärksten vertretene Partei in den Bodenreformkommissionen in der gesamten SBZ war:

KPD	11.873 Mitglieder
SPD	7.587 Mitglieder
CDU/LDPD	800 Mitglieder
Parteilose	30.972 Mitglieder. ²⁸

Besonders hoch war der Anteil der KPD in der Mark Brandenburg. Hier waren die Gemeindekommissionen in folgender Zusammensetzung gewählt worden:

KPD	43,5%
SPD	27,6%
LDPD	4,1%
Parteilose	24,8% ²⁹

²⁶ Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei, a.a.O., S. 100f.

²⁷ Deutsche Volkszeitung, Nr. 69, 31.8.1945, zit. nach Dokumente und Materialien zur Geschichte, a.a.O., S. 119.

²⁸ Deutsches Zentralarchiv Potsdam. Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 1291, zit. nach Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 169.

²⁹ LHP-Potsdam, Provinzverwaltung Mark Brandenburg. Mappe: Bericht über die Bodenreform vom 20.3.1946, zit. nach ebenda.

Die Landarbeiter und die Kleinbauern, bzw. die Bauern, die bis zu 2 ha Land besaßen, erhielten aus den Bodenfonds Land. Sie waren auch diejenigen, die am stärksten von der Ausbeutung betroffen gewesen waren. Sie waren selbst in den Bodenreformkommissionen vertreten, wie aus folgendem hervorgeht:

Landarbeiter	24.647
Kleinbauern	18.693
Umsiedler	7.909
Sonstige	197
Gesamt	51.446 ³⁰

Die Bodenreform wurde von den Pächtern, Kleinbauern, Landarbeitern und Vertriebenen selbst durchgeführt. Von den Mittelbauern, der städtischen Bevölkerung, der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz wurde sie zwar unterstützt, wegen ihrer anders gearteten politischen Interessenlage jedoch nicht konsequent. Dieses breite Spektrum kam in den gewählten Bodenreformkommissionen zum Ausdruck und spricht für den demokratischen Charakter der Bodenreform. Die Teilnehmertabelle der Bodenreformkommissionen zeigt, daß die Bodenreform keinen administrativen Charakter hatte und nicht von oben diktiert worden ist, sondern auf freiwilliger Basis entsprechend der historischen Notwendigkeit durchgeführt wurde.

Tab. 1: Mitglieder der Bodenreformkommissionen:

Organisationen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Brandenburg	Mecklenburg
KPD	2562	3445	1705	2111	2652
SPD	1667	2579	1373	1183	2362
Anderer Blockparteien	200	249	309	87	129
Parteilose	5754	5235	6093	6466	6131
Insgesamt	10183	11508	9480	9847	11274
Landarbeiter	2369	4879	2330	3712	6410
Kleinpächter	5259	4012	4499	3487	1299
Umsiedler	703	939	549	1458	2703
Sonstige Mitglieder	1852	1678	2102	1190	862

Quelle: Rilling, R.: (Hrsg.): Sozialismus in der DDR, a.a.O., Bd. 1, S. 127.

Großgrundbesitzer und Junker haben stets versucht, die Kleinbauern und Landarbeiter zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen. Die Junker hofften, daß diese in ihrem Machtbereich bleiben und sich nicht an der Bodenreform beteiligen würden. Die Beteiligung der antifaschistisch-demokratischen Parteien und anderer

³⁰ Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten, Berlin/DDR 1947, S. 19, zit. nach ebenda, S. 171.

demokratischer Kräfte trug entscheidend zur Isolierung und Entmutigung der Junker und Großgrundbesitzer bei.

Mit der "Verordnung der Provinz Sachsen vom 3.9.1945 über die Bodenreform" wurde die Bodenreform eingeleitet. In weiteren Provinzen, u.a. Mecklenburg, Brandenburg und Thüringen, sind inhaltlich entsprechende Verordnungen erlassen worden. Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gab es aber auch Kräfte, die sich gegen die Bodenreform stellten. So kam es innerhalb der SPD zu Meinungsverschiedenheiten. Ein Teil trat - wie die KPD - dafür ein, das Land zu enteignen und anschließend an die Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen. Ein anderer Teil der SPD sprach sich für eine sofortige Überführung des enteigneten Grund und Bodens in genossenschaftliches Eigentum aus. In der Praxis setzte sich letzten Endes die Konzeption der KPD durch, denn diese widerspiegelte die Interessen der Landbevölkerung. Sie wirtschaftete dann auch mit Engagement auf dem eigenen Land und sicherte die Einbringung der ersten Friedensernte. Durch diese Landverteilung wurde die Bauernschaft zu einem aktiven Teil der antifaschistisch-demokratischen Bewegung. Eine sofortige Gründung von Genossenschaften hätte diese in jener Zeit so sehr benötigte politische und ökonomische Basis in der Bauernschaft nicht schaffen können. Der Privatbesitz an Land machte die Bauern erst unangreifbar gegen die Angriffe der Reaktion. Dagegen waren Teile der CDU und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) überwiegend von reaktionären Kräften beeinflusst. Waldemar Koch, Vorsitzender der LDPD, weigerte sich, "die Junker als reaktionäre, militaristische Klasse"³¹ zu bezeichnen. Er wollte die Junker von der Enteignung befreit oder voll entschädigt sehen. Auch der Vorsitzende der CDU, Andreas Hermes, wollte die Bodenreform auf Naziverbrecher beschränken.

Weil das Agrarprogramm der KPD in der Bauernschaft und in der übrigen Bevölkerung deutliche Unterstützung fand, blieb diesen Parteien keine andere Wahl, als sich dem Willen der breiten Masse des Volkes zu beugen. Auch kirchliche Organisationen haben sich an mehreren Orten positiv zur Bodenreform geäußert. So wandte sich z.B. in Mecklenburg der Oberkirchenrat der evangelisch-lutherischen Landeskirche anlässlich der Bodenreform in einem Hirtenbrief vom 12.10.1945 an die Neubauern. Darin hieß es: "Die Veränderung aller Verhältnisse, auch bei uns auf dem Land, ist die Folge der hinter uns liegenden zwölf Jahre und des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft [...] Wer ein neues Stück Land bekommt, der

hat damit die Verantwortung, nicht nur für sich und die Seinen zu sorgen, sondern an seinem Teil das Brot für unser ganzes Volk zu schaffen [...] Gott lege seinen Segen auf Euer Säen und Ernten, damit Euch Mißwachsen und Teuerung nicht heimsucht [...] Ans neue Werk unter Gottes Augen, das sei die Losung!"³²

Die positive Einstellung und die daraus resultierenden Stellungnahmen der verschiedenen Gesellschaftsschichten und Organisationen zur Bodenreform waren eine Rückenstärkung für Kleinbauern und Landarbeiter und eine Triebkraft für die Durchsetzung und Erfüllung ihrer berechtigten Interessen.

"Allein in der Provinz Sachsen tagten am 2. September [1945] 30

Kreisbauernkonferenzen, an denen 3500 Delegierte teilnahmen."³³ In Weimar gab es ebenfalls Konferenzen zur Frage der Landverteilung. Wie schon erwähnt, haben nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeiter die Bodenreform tatkräftig unterstützt. So erklärten sich die Delegierten auf der ersten Tagung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der Mark Brandenburg am 26.8.1945 in Berlin und ebenfalls auf der Gewerkschaftsfunktionärskonferenz in Halle vom 29.8.1945 mit der Forderung der Bauern nach einer Bodenreform solidarisch.

Der Boden, der an anspruchsberechtigte Personen verteilt wurde, war zunächst nach der Enteignung der Junker, Großgrundbesitzer und Nazi-Aktivisten in einen gemeinsamen Bodenfonds überführt worden. Mindestens 5 und höchstens 10 ha Land gingen in den privaten Besitz der Neubauern über. Die Tabellen 2 und 3 geben einen Überblick über den Bestand des Bodenfonds:

Tab. 2: Zusammensetzung des Bodenfonds bei Abschluß der Bodenreform (Stand vom 1.1.1950):

Zahl der Objekte	Herkunft	Fläche in ha	Prozent
4537	Privatbesitz unter 100 ha (Faschisten u. Kriegsverbrecher)	131742	4,0
7160	Privatbesitz über 100 ha (Junker u. Großgrundbesitzer)	2517357	76,3
169	Siedlungsgesellschaften und Nazi-Institutionen	22764	0,7
1288	Staatsbesitz	337507	10,2
384	Staatswälder und -forsten	200247	6,1
551	Sonstiger Grundbesitz	88465	2,7
14089	Bodenfonds	3298082	100

Quelle: Rilling, R.: (Hrsg.): Sozialismus in der DDR, a.a.O., Bd. 1, S. 129.

³¹ Archiv des VDB Berlin, Mappe V, zit. nach ebenda, S. 165.

³² Deutsche Volkszeitung, 21.10.1945, zit. nach ebenda, S. 174.

³³ Bodenreform, Junkerland in Bauernhand, Berlin/DDR 1945, zit. nach ebenda, S. 160.

Tab. 3: Anteil des Bodenfonds an der Gesamtfläche und landwirtschaftlichen Nutzfläche (Stand vom 1.1.1950):

Länder	Gesamtfläche in 1000 ha	Land- und forstwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 ha	Bodenfonds in 1000 ha	Gesamt- fläche in Prozent	Nutzfläche in Prozent
Sachsen- Anhalt	2460	2170	720	29	33
Brandenburg	2694	2288	948	35	41
Sachsen	1703	1471	349	20	24
Thüringen	1542	1377	208	14	15
Mecklenburg	2319	1984	1073	46	54
Gebiet der DDR	10718	9290	3298	31	35

Quelle: Bündnis der Arbeiter und Bauern; Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der Bodenreform, Berlin/DDR 1975, S. 197.

Die erste Enteignung und Verteilung des Bodens an Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler wurde im November 1945 abgeschlossen. Am 10.11.1945 ergab sich folgendes vorläufiges Ergebnis:

Zahl der aufgeteilten Güter	7735
enteignete Bodenfläche	2.098.800 ha
davon Wald	570.100 ha
Zahl der Bodenbewerber	355.179 Personen
Zahl der Bodenempfänger	269.698 Personen
verteilte Fläche des Bodens	1.338.100 ha
Zahl der ausgegebenen Besitzurkunden	199.100 ³⁴

Die rechtliche Sicherung war Anfang November 1947 teils durch Besitzurkunden zu 98%, teils durch Eintragung ins Grundbuch zu 95% abgeschlossen. Der Rest der nichtverteilten Bodenfläche ging in Staatseigentum über. Auf diesem Boden wurden staatliche Forstbetriebe und landwirtschaftliche Musterbetriebe errichtet. Da aber im Bodenfonds mehr staatliches Eigentum eingebracht worden war, als nachher dem Staat wieder zufließte, verringerte sich der Gesamtanteil des Staatsbesitzes an der Bodenfläche durch die Bodenreform.

Um die Errungenschaften der Bodenreform zu festigen, wurden in den Jahren 1946-1948 weitere Schritte unternommen. Häuser und Stallungen, die infolge des Zweiten Weltkrieges zerstört worden waren, wurden wiederaufgebaut; zur ökonomischen Stärkung der Bauern wurden ihnen günstige Kredite eingeräumt. Außerdem erhielten sie Düngemittel und landwirtschaftliche Geräte. Die Verbundenheit der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Hilfe beim Bau von Häusern und Stallungen sowie bei Reparaturen landwirtschaftlicher

³⁴ Vgl. Deutsche Volkszeitung, 21.11.1945, nach ebenda., S. 181.

Geräte, auch bei der Einbringung der Ernte wurden die Bauern tatkräftig unterstützt. In einem Appell des Berliner Metallarbeiterverbandes hieß es: "Die Stadt, wir alle werden hungern, wenn dem Dorf, wenn den Landarbeitern und Bauern nicht geholfen wird. Die Ernte muß sichergestellt werden."³⁵

Im Sommer 1945 wurde die schnelle und verlustlose Einbringung der ersten Friedensernte wegen des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Geräten sowie Transportmitteln zu einem großen Problem. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) half mit Transportmitteln und Treibstoff, während sowjetische Soldaten die Erntearbeit unterstützten. Im Herbst 1945 kamen 100 Traktoren und 540 Lastkraftwagen aus der Sowjetunion; aus den Beständen der sowjetischen Armee erhielten die Bauern durch die SMAD außerdem Düngemittel, Saatgut und Vieh. Die SMAD verfolgte mit Aufmerksamkeit die Durchführung der Bodenreform. Junker und Großgrundbesitzer, die sich mit der Enteignung ihrer Besitztümer nicht abfinden wollten und durch Sabotageakte die Demokratisierung auf dem Dorf zu verhindern suchten, wurden von SMAD-Angehörigen den deutschen Behörden übergeben. Die Präsenz der sowjetischen Armee erstickte in dieser Zeit weitere reaktionäre Aktivitäten und Störungen im Keime.

VI. Widerstand der Junker auf dem Gebiet der SBZ und aus den Westzonen.

Die Zerschlagung des Faschismus und die Präsenz der Roten Armee einerseits und die Entschlossenheit der demokratischen Kräfte andererseits, die die Durchführung der Bodenreform als zunächst dringendste Aufgabe ansahen, waren für die Reaktionäre ein deutliches Signal. Sie sahen ihre politischen und ökonomischen Interessen in keiner Weise mehr vertreten. Da außerdem die meisten Junker und Großgrundbesitzer Träger des Hitlerfaschismus gewesen waren, suchten viele Zuflucht im westlichen Teil Deutschlands, wo sie in der Adenauer-Ära nicht nur rehabilitiert wurden, sondern in höchste Ämter gelangten. Vom Gebiet der westlichen Besatzungszonen aus versuchten sie, die Demokratisierung der Verhältnisse in der SBZ zu hintertreiben. Der Teil der Junker und Großgrundbesitzer, der in der SBZ geblieben war, versuchte die Dorfbewohner einzuschüchtern und diese für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Sie stellten die Dauerhaftigkeit der Bodenreform in Frage und warnten die Bauern vor den negativen Folgen bei Übernahme des Landes, wobei den Bodenreformaktivisten sogar mit Gewalt gedroht wurde. Auch durch manche

³⁵ Zit. nach: DDR, Werden und Wachsen, Berlin/DDR 1974, S. 57 f.

Funktionäre von CDU und LDPD, die ihre Interessen vertraten, wurde versucht, den antifaschistisch-demokratischen Block zu schwächen. Dadurch sollte die Bodenreform ihren antiimperialistischen und antifeudalistischen Charakter verlieren - verhindert werden konnte sie jedoch nicht mehr.

Die Junker und Großgrundbesitzer schlugen vor, ihr Land nicht zu verteilen, sondern als Muster für Saatzuchtbetriebe zu behalten. Das erwies sich in der Tat nur als Täuschungsmanöver, um ihr Land nicht zu verlieren und Macht und Einfluß zu behalten.³⁶ Die Reformgegner behaupteten, die Bodenreform sei ökonomisch nicht rational, weil die Ernte noch nicht eingebracht sei. Dies sollte einen Aufschub der Bodenreform bewirken, was ebenfalls der Hinhaltetaktik der Junker und Großgrundbesitzer entsprach. Wie bereits dargestellt, gab es auch in der SPD und in der LDPD Gegner der Bodenreform. In ihren Presseorganen behaupteten diese, den Großgrundbesitzern werde Unrecht getan. Von der CDU wurden von August bis November 1946 mehrmals Listen veröffentlicht mit 51 bzw. 59 und 70 Namen von Personen, denen Unrecht geschehen sein sollte. Da diese Listen außer den Namen keine Fakten enthielten, konnte dies kein Anlaß sein, Revisionen einzuleiten.³⁷ Nachdem viele jener Bodenreformgegner die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen erkannt hatten, verließen sie die SBZ und stellten sich in den Dienst der Reaktion, so z.B. Dr. Kramer, Vizepräsident der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, der sich beim Sender RIAS-Berlin als Sachverständiger für die Landwirtschaft der DDR verdingte und von da an die Bodenreform bekämpfte und verleumdete.³⁸ Noch in der SBZ, hatte er gefordert, 500-600.000 ha Land nicht aufzuteilen, sondern der Züchtung von Saatkartoffeln vorzubehalten, was genau der bereits oben dargelegten Verwirrungstaktik der Junker und Großgrundbesitzer entsprach. Die CDU in der SBZ versuchte als legale Organisation mit Unterstützung aus den westlichen Besatzungszonen, die Menschen gegen die Bodenreform zu mobilisieren. In Westdeutschland Konrad Adenauer, in Ostdeutschland Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sorgten für das schmutzige Geschäft der Reaktion gegen die Bodenreform.³⁹ Im Herbst 1945 begann die große Offensive der westdeutschen und US-amerikanischen Reaktion gegen die SBZ, die zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West in der ersten Phase des kalten Krieges führte: denn auch die politischen Parteien im westlichen Teil Deutschlands hatten zur Bodenreform in der

³⁶ Vgl. Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 185f.

³⁷ Vgl. LHA-Dresden, Ministerium für Landwirtschaft, Nr. 7/1437, nach ebenda, S. 191f.

³⁸ Vgl. Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S. 185.

SBZ Position bezogen. Die CDU versuchte, indem sie eine Bodenreform auf nationaler Ebene forderte, die Durchführung der Bodenreform in der SBZ zu verhindern. Denn dies war nur eine Scheinforderung, ihre Erfüllung hätte lange auf sich warten lassen, d.h. bis zum jüngsten Tag der kapitalistischen Herrschaft. Auch die SPD-Führung war mit der Bodenreform, wie sie in der SBZ durchgeführt wurde, nicht einverstanden. Das Verhalten der SPD-Führung in der Agrarfrage war widersprüchlich. Einerseits sprach sie sich zwar für "eine radikale Agrarreform" und für die Bildung von Genossenschaften aus, andererseits lehnte sie jedoch die Bodenreform, die schon im Gange war, und für die sich Millionen von Bauern engagiert hatten, als falsch ab. Die SPD begründete ihre ablehnende Haltung damit, daß die Bauern politisch nicht reif genug seien, um ihre Interessen wahrnehmen zu können. Man beachte: auch nach fünfzig Jahren Bundesrepublik ist in der BRD die Agrarfrage immer noch nicht in Angriff genommen worden.

VII. Ökonomische Ergebnisse der Bodenreform

A) Neue Besitzstrukturen auf dem Lande

Nach der Zerschlagung des Faschismus und Militarismus in der SBZ wurden durch die Bodenreform wesentliche Verbesserungen im Leben der armen Bevölkerung auf dem Lande erzielt. Das entscheidende Ergebnis der Bodenreform war die Liquidierung des Junkertums als Klasse der Ausbeuter, die Zerschlagung des Bollwerks der Reaktion auf dem Lande. Damit wurde nicht nur eine Demokratisierung im Dorf ermöglicht, sondern der deutsche Imperialismus einer seiner Stützen beraubt. Durch die Bodenreform ist zudem die Grundlage für ein festes Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft geschaffen worden. Die Bodenreform in der SBZ beseitigte die seit Jahrhunderten bestehende Landlosigkeit unter den Pächtern. "Fast 120.000 landlose Bauern und Landarbeiter erhielten die Möglichkeit, eigene Wirtschaften zu gründen, über 82.000 landarme Bauern konnten ihren Besitz vergrößern, 91.000 Umsiedlerfamilien bekamen Boden, landwirtschaftliches Inventar und konnten sich ein neues Zuhause schaffen."⁴⁰ Von den insgesamt 3,3 Mio ha Land, das nach der Enteignung zunächst in den Bodenfonds überführt worden war, gelangte nur ein knappes Drittel in staatlichen Besitz. Diese Fläche entsprach ca. 3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LNF) insgesamt. Auf ihr wurden 500 volkseigene Betriebe errichtet. Weitere Ergebnisse lassen sich der nachfolgenden Aufstellung vom 1.1.1950 entnehmen:

³⁹ Vgl. ebenda, S. 189.

Bodenempfänger	Anzahl	Gesamtfläche	Durchschnitt in ha
1) Landlose/Landarbeiter	119.122	932.487	7,8
2) landarme Bauern	82.483	274.848	3,3
3) Umsiedler	91.155	763.596	8,4
4) Kleinpächter	43.231	41.661	1,0
5) Arbeiter, Handwerker u.ä.	183.261	114.665	0,6
6) Altbauern (Waldzulage)	39.838	62.742	1,6 ⁴¹

Nach einem Bericht des Vorsitzenden des FDGB über die Entnazifizierung der Wirtschaft in der SBZ auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz vom 18.-20.12.1946 in Hannover betrug die gesamte enteignete Bodenfläche 2.745.000 ha, sie wurde rund 410.000 Bauernfamilien übertragen. Davon waren 220.000 Neubauern, 80.000 Landzuweisungen an landarme Bauern, 65.000 Landzuweisungen an Landarbeiter, 45.000 in Eigentum überführte Pachtstückparzellen, d.h. Bauernwirtschaften. Das Land der ehemaligen Großgrundbesitzer in Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg und Thüringen, deren Name und Besitzgröße im ersten Kapitel aufgeführt worden sind.

wurde an	2.800	Neubauern	(Brandenburg)
	4.000	Neubauern	(Provinz Sachsen)
	1000	Neubauern	(Land Sachsen)
	1.800	Neubauern	(Mecklenburg)
an über	1.500	Neubauern	(Anhalt)
an über	1.000	Neubauern	(Thüringen) verteilt.

Die Besitzungen der ehemals sechzehn größten adligen Großgrundbesitzer in Deutschland von 550221 ha wurden nun von 90.000 Bauernfamilien bewirtschaftet. Auf dem Land von 3.164 Adligen, das ca. 10% der Gesamtackerfläche Deutschlands ausmachte, konnten rund 600.000 Bauern angesiedelt werden.⁴²

Tab. 4: Veränderung von Betriebsgrößen vor und nach der Bodenreform:

Größengruppen	1939	1939	1949	1949
	Betriebe in 1000 ha	LNF/1000 ha	Betriebe in 1000 ha	LNF/1000 ha
0,5-1 ha	117,4	76,3	146,5	90,8
1-5 ha	200,1	442,5	200,6	397,3
5-10 ha	90,7	584,6	216,4	1401,5
10-20 ha	97,8	1232,8	178,4	1987,5
20-100 ha	73,5	2155,9	70,0	1930,6
über 100 ha	8,3	1899,2	1,4	233,1
Gesamt	587,8	6.391,3	813,3	6040,8

Quelle: Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S.208.

⁴⁰ DDR, Werden und Wachsen, a.a.O., S. 64.

⁴¹ Badstübner, Rolf (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/DDR 1981, S. 51.

⁴² Vgl. Rilling, R. (Hrsg.): Sozialismus in der DDR, a.a.O., Bd. 1, S. 130f.

Tab. 5: Veränderung im Anteil der verschiedenen Betriebsgrößen an der Gesamtzahl der Betriebe und an der LNF in %:

Größengruppe	1939	1939	1949	1949
	% der Betriebe	% LNF	% der Betriebe	% LNF
0,5-1 ha	19,9	1,2	18,0	1,5
1-5 ha	34,1	6,9	24,7	6,6
5-10 ha	15,4	9,1	26,6	23,2
10-20 ha	16,6	19,3	21,9	32,9
20-100 ha	12,5	33,7	8,6	32,6
über 100 ha	1,4	29,7	0,2	3,9

Quelle: Doernberg, S.: Die Geburt, a.a.O., S.208.

Den Tabellen 4 und 5 läßt sich entnehmen, daß die Zahl der Kleinbauern vor und nach der Bodenreform etwa gleich geblieben ist, obwohl über 80.000 Kleinbauern Land erhielten. Dadurch hat sich die Zahl der Mittelbauern, die zwischen 5 und 10 ha Land besaßen, stark erhöht, die Anzahl der mittelgroßen Betriebe ist gestiegen. Dies ist ein Zeichen für den Differenzierungsprozeß auf dem Land. Auch bei der nächstgrößeren Betriebsgruppe, 10-20 ha, hat sich die Gesamtzahl der Höfe erhöht.

B) Der Bau von Wohnungen und Wirtschaftsgebäuden

"Das Fehlen von eigenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden bei der großen Zahl der neuen Bauern war, wie Edwin Hörnle, Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLf), im Herbst 1947 feststellte, 'ein auf die Dauer unerträglicher Zustand, eine Gefahr für die demokratische Bodenreform und die Volksernährung.'⁴³ Ein weiterer Punkt, der mit zur Festigung der Bodenreform beigetragen hat, war der Bau von Wohngebäuden für die Bauern bzw. Ställen für das Vieh. Dies war dringend erforderlich, weil die Gebäude entweder durch den faschistischen Krieg zerstört worden oder im kapitalistischen Vorkriegsdeutschland gar nicht erst in ausreichendem Maße vorhanden gewesen waren. In dem Befehl Nr. 209 des obersten Chefs der SMAD über die Einrichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für neue Bauern vom 9.9.1947 wird davon ausgegangen, daß die Schwierigkeiten beim Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und die Versorgung der neuen Wirtschaften mit Arbeits- und Nutzvieh nicht überwunden sind. Um diese zu beseitigen und die wirtschaftlichen Einrichtungen der Neubauern schnellstens zu vollenden, sollten in den Jahren 1947/48 mindestens 37.000 Häuser für Neubauern zur Verfügung gestellt werden, und zwar:

⁴³ Reinert, Fritz: Der Befehl Nr. 209 der SMAD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin/DDR, Jg. 23, H. 1. 1975, S. 506.

im Lande Brandenburg	10.000 Häuser
im Lande Sachsen-Anhalt	7.000 Häuser
im Lande Mecklenburg	12.000 Häuser
im Lande Sachsen	5.000 Häuser
im Lande Thüringen	3.000 Häuser ⁴⁴

Der Hof und die Landparzellen für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden waren bis zum 1.1.1948 zuzuweisen. Die Parzellen für Gebäude und Hof durften nicht größer als 0,75 ha sein, waren aber von den Regierungen der Länder zu bestimmen.

Tab. 6: Verteilung von Gebäuden aus dem Bodenfonds und fertiggestellte Gebäude für Neubauern (Stand vom 1.1.1950):

Länder	Übergebene	Gebäude		Fertige	Neue	Gebäude
	Wohngebäude	Ställe	Scheunen	Wohngebäude	Ställe	Scheunen
Sachsen-Anhalt	11.150	17.140	5.705	11.176	13.528	5.662
Brandenburg	7.905	8.865	3.362	15.347	12.752	7.031
Sachsen	3.862	4.432	3.075	8.471	9.363	8.920
Thüringen	2.055	2.495	1.434	5.130	6.734	6.365
Mecklenburg	22.874	17.918	5.380	14.472	16.947	8.365
Gebiet der DDR	47.846	50.850	18.956	54.596	59.324	36.343

Quelle: Bündnis der Arbeiter und Bauern, a.a.O., S. 199.

Aus Tabelle 6 geht hervor, daß während der ersten Phase der Bodenreform viele Gebäude den Neubauern übergeben wurden. Es ist bemerkenswert, daß in derselben Zeit, unter schwierigsten Nachkriegsbedingungen, noch einmal so viele Wohn- und Wirtschaftsgebäude neu errichtet wurden.

C) Ausrüstung mit Maschinen und Geräten

Mit der Entstehung vieler Klein- und Mittelbetriebe stellte sich in der SBZ ein weiteres großes ökonomisches Problem: nicht jeder Bauernhof konnte mit einem kompletten Maschinenpark ausgestattet werden. Erstens war es in dieser Zeit unmöglich, Maschinen und Geräte in diesem Ausmaß zu beschaffen, und zweitens wäre dies auch ökonomisch nicht vertretbar gewesen, da die Anschaffungskosten sich nicht amortisiert hätten, weil keine optimale Auslastung möglich gewesen wäre. Daher mußten die Bauern und ihre Organisationen selbst Formen finden, die vorhandenen Maschinen für alle rentabel zu nutzen. Der Verein der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) richtete Maschinen- bzw. Geräteausleihstationen und Maschinenhöfe ein. Im November 1948 wurden diese dann auf genossenschaftlicher Grundlage zu Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) zusammengelegt, den späteren

⁴⁴ Bündnis der Arbeiter und Bauern; Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der Bodenreform, Berlin/DDR 1975, S. 94.

Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS). Das vorhandene Inventar stand jedem Bauern zur Nutzung zur Verfügung.

VIII. Das Einverleiben der DDR und die Rückkehr der Junker

„Nach 1990 fand der grösste Raub an Eigentum von Grund und Boden in der deutschen Geschichte statt. Mehr als 40 000 Erben wurden nach der Vereinigung ihres Besitzes beraubt.“⁴⁵

Schon wenige Tage nach Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der BRD, im November 1989, "saßen in den Firmenetagen, Parteizentralen, Anwaltskanzleien und an Wohnzimmertischen die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger und teilten die DDR unter sich auf [...] Kein Fleckchen zwischen Elbe und Oder, zwischen Thüringer Wald und Ostseeküste blieb verschont."⁴⁶ Was den Grund und Boden betraf, meldeten sich die Junker sehr bald, ermutigt durch ihre mächtige Lobby in den Bonner Regierungsparteien sowie ihre Verfassungsrechtler, wie Rupert Scholz, und erhoben Anspruch auf die Rückgabe des seit 50 Jahren den Bauern gehörenden Landes. Genau um dies zu verhindern, wurde am 15. Juni 1990 in einer „Gemeinsamen Erklärung“ der Regierungen der DDR und der BRD zur Regelung offener Vermögensfragen festgeschrieben, daß "die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) ... nicht mehr rückgängig zu machen"⁴⁷ sind. Obwohl Gorbatschow, wie er kürzlich in einem Spiegel-Interview zugab, die DDR „weggab“, ⁴⁸ wurde von sowjetischer Seite eine Revision der Eigentums- und Bodenverhältnisse am 9. und am 22. Juni 1990 bei einem 2+4 -Treffen auf hoher Beamtenebene in Berlin/West und am 13. August 1990 beim Treffen zwischen dem sowjetischen Vizeaußenminister Julij Kwizinskij und dem Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt (AA), Dieter Kastrup in Moskau ausdrücklich ausgeschlossen.⁴⁹ Die „Gemeinsame Erklärung“ wurde Bestandteil des Einigungsvertrages. "Wie wichtig Moskau die Behandlung dieser Fragen war, hatte Kastrup mit dem Hinweis deutlich gemacht, daß die Bodenreform im

⁴⁵ Blaschke, Rosi: „Sie schenkte uns neues Leben“, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 5./6.9.2015, S. 25.

⁴⁶ Humann, Klaus (Hrsg.): Wir sind das Geld, Reinbek 1990, Vorbemerkung, S. 7.

⁴⁷ Gemeinsame Erklärung der Regierungen [...], in: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, Bonn o.J., Anlage III, S. 1237.

⁴⁸ Vgl. „Schön, ich gab die DDR weg“: Michail Gorbatschow über seine Rolle bei der deutschen Vereinigung, in: Der Spiegel, Nr. 40, 2.10.1995, S. 66 und S. 74.

⁴⁹ Vgl. Zur Unumkehrbarkeit der Enteignungen - Auszüge aus der von der Bundesregierung vorgelegten Verhandlungschronologie, in: Frankfurter Rundschau (FR), Nr. 205, 3.9.1994, S. 5.

Verhandlungspapier Moskaus an vierter Stelle von 14 Ziffern behandelt worden sei und noch vor der Nato-Problematik gestanden hätte."⁵⁰ Sowohl die Regierung der DDR als auch die Volkskammer haben dem "Beitritt" der DDR zur BRD erst dann zugestimmt, nachdem die Bundesregierung in Bonn der Festschreibung der Nichtrevision der Eigentumsfrage im Einigungsvertrag zugestimmt hatte.⁵¹ Außerdem wurden die Bauern, die seit 50 Jahren auf dem Land arbeiten und leben, durch das Volkskammergesetz vom 16.3.1990 zu Volleigentümern erklärt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in einem Urteil vom April 1991 ebenfalls die Unumkehrbarkeit der Bodenreform.

Für eine Beunruhigung der Bauern und Freude bei den Junkern sorgte eine Äußerung Gorbatschows, in der er das Festhalten an den Ergebnissen der Bodenreform keinesfalls als eine Bedingung für die "Wiedervereinigung" ansah. War Gorbatschow tatsächlich so ahnungslos oder wollte er vielleicht ein paar Devisen mehr verdienen, bei seiner Plauderei mit einem britischen Historiker, wie der Landwirt Gerhard Schmidt von der Dawa-Agrar-GmbH formulierte?⁵² Trotz eindeutiger gesetzlicher Regelungen haben die Junker noch keinesfalls aufgegeben, im Gegenteil, sie haben sich inzwischen organisiert und sog. Interessengemeinschaften bzw. e.Vs. gegründet.⁵³ Auch publizistisch - unterstützt von dem mit ihnen seit jeher verbundenen Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie, der FAZ, - sind sie längst in die Offensive gegangen und bezeichnen die Bodenreform als „ein dunkles Kapitel des Unrechts“⁵⁴ und behaupten gar in Verdrehung der historischen Tatsachen, obwohl sie „sich im Widerstand gegen Hitler engagiert hatten, nützte ihnen das gegenüber den Kommunisten nichts.“⁵⁵ Möglicherweise werden sie demnächst auch noch Entschädigung für ihren „geleisteten Widerstand“ verlangen. Zu ihrer Verteidigung und zwecks Umschreibens der Geschichte im Sinne bürgerlicher Geschichtsklitterung und reaktionärer Fälschungen haben sie schon ein Buch mit 582 Seiten veröffentlicht.⁵⁶

⁵⁰ Bonn nennt Belege für sowjetische Bedingung, in: FR, Nr.202, 31.8.1994, S. 1.

⁵¹ Vgl. ebenda; Opitz, Olaf: "Dann brennt die Luft", in: Focus, München, Nr. 6, 6.2.1995, S. 68.

⁵² Vgl. Pötzsch, Birgitt: "Der Boden ist schließlich unsere ganze Zukunft", in: Zeitung, Luxembourg, 3.9.1994, S. 4.

⁵³ Vgl. Z.B. Berliner Interessengemeinschaft der Alteigentümer, der Sächsische Adel e.V.

⁵⁴ Fromme, Friedrich K: Ein dunkles Kapitel der Nachkriegsgeschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 243, 19.10.1995, S. 10.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Vgl. Schicksal des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945. Der Sächsische Adel e.V. (Hrsg.), Limburg 1994.

Während die Aufmerksamkeit in den Medien auf die Äußerung Gorbatschows gelenkt wurde, vollzog die Bundesregierung eilig praktische Maßnahmen zur Aushebelung der Bodenreform. Das von der BRD-Regierung beschlossene Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz ist eine Aushöhlung der im „Einigungsvertrag“ festgelegten Bestandskraft der Bodenreform und eine vertragswidrige Rückgabe des Landes an die Junker durch die Hintertür. So soll der „dickste Brocken“⁵⁷ des DDR-Eigentums, nämlich von 3,3 Mio. ha Bodenreformland 1,3 Mio. ha, privatisiert bzw. für einen Spottpreis von DM 3000,- je ha an die Junker verscherbelt werden.⁵⁸ Die „Treuhand“ ging sogar soweit, das „Bodenreformland nur mit dem Einverständnis der Alteigentümer [Junker] zu verpachten.“⁵⁹ Diese Dominanz- und Machtgefühle ermutigten die Junker so sehr, daß sie in Mecklenburg-Vorpommern, in dem Dorf Bredentin, das Denkmal der Bodenreform im See versenkten. Die Ansprüche der Junker sind gigantisch. Allein ein einziger Junker, nämlich der Nachfahre derer zu Putbus, verlangt 10.000 ha Land und Wiesen einschließlich 78 Höfe und 5000 ha Wald sowie 29 fürstliche Bauten⁶⁰ auf der Insel Rügen, d.h. ca. 1/4 der ganzen Insel zurück.⁶¹ Freiherr Falk von Maltzahn ist zunächst ein bißchen bescheidener, er verlangt von der „Treuhand“ 821 ha Land zurück. Eckhard von Maltzahn, der Enkel eines Junkers, will jedoch eines Tages das ganze Land, das seine Vorfahren sich im Laufe der Zeit angeeignet hatten, wieder haben. Um diesen Ziel „Zug um Zug“ zu erreichen, sollen als erstes 620 ha Land von der „Treuhand“ gepachtet werden. Das ist der erste Schritt, um sich das ins Auge gefaßte Land wieder anzueignen. Nicht wenige der Junker und ihre Nachkommen waren Offiziere der Wehrmacht und damit direkt an Krieg und Vertreibung anderer Völker beteiligt. Um sich nach dem 2. Weltkrieg in der DDR der Strafe zu entziehen, flohen sie in den Westen und fanden bei der wieder neu organisierten Armee der BRD angesehene Positionen. Etwa zehn Prozent der Offiziere bei der Bundeswehr waren Adlige, dies ist auffallend hoch, denn der Anteil der Adligen an der Gesamtbevölkerung beträgt ca. 0,7 bis 0,8%.⁶² Auch hohe und höchste Ämter im Staatsapparat werden von den Junkerfamilien besetzt,

⁵⁷ Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Frankfurt/M. 1993, S. 359.

⁵⁸ Vgl. Neubauer, Ralf: Rückkehr der Junker?, in: Die Zeit, Nr. 36, 2.9.1994, S.26; Kopistecki, Hans: Die Junker kommen, in: Unsere Zeit (UZ), Nr. 12, 10.6.1994, S. 3.

⁵⁹ Vorholz, Fritz: Warten auf die fetten Jahre, in: Die Zeit, Nr. 42, 14.10.1994, S. 28.

⁶⁰ Vgl. Bis jetzt sind von 2,2 Mio. Anträgen auf Rückübertragung von Immobilien erst 53% von den Vermögensämtern entschieden worden. In ca. 340.000 Fällen wurden die Vermögen an die sog. Alteigentümer zurückgegeben. Vgl. Unrecht festgeschrieben - am Bestand der DDR-Bodenreform ist nicht zu rütteln, in: FR, Nr. 228, 30.9.1995, S. 9.

⁶¹ Vgl. Baum, Karl-Heinz: Der alte Streit soll bloß nicht neu entbrennen, in: FR, Nr. 202, 31.8.1994, S. 3.

⁶² Vgl. Fromme, F.K.: Ein dunkles Kapitel der Nachkriegsgeschichte, a.a.O.

die im Dienste des deutschen Imperialismus in den letzten 50 Jahren ihre Reichtümer noch weiter vermehrt haben und sich nun lautstark und trickreich wieder melden, um ihr altes „Eigentum“ auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zurückzuholen, wie folgende Beispiele verdeutlichen. Der Bundeswehroffizier und Urenkel des im Mecklenburgischen Burow enteigneten Junkers Schramm forderte die Rückgabe der 120 ha Landes „seines Urgroßvaters“, er ließ sich für kurze Zeit bei der Truppe suspendieren, weil eine Klausel im Entschädigungsgesetz die Ortsansässigkeit des neuen Gutsherrn/Junkers als Voraussetzung für die Wiedergabe vorschreibt. Obwohl das Land schon an die Marktfrucht-GmbH-Harnack durch die „Treuhand“ verpachtet war, bekam des Junkers Nachkomme dennoch das Land, er setzte einen Verwalter ein und kehrte zur Bundeswehr zurück.⁶³ Dieser Junkerserfolg ermutigte die anderen „Artgenossen“, und plötzlich forderte ein Freiherr Falk von Maltzahn, Bundesrichter in Karlsruhe, 821 ha Land von der „Treuhand“, das schon an die Frese-Radloff-GbR verpachtet war. Der Pachtvertrag wurde aber durch eine Entscheidung des Ministerpräsidenten des Landes vom 28.8.1995 aufgehoben und 300 ha Land an den besagten Bundesrichter übergeben. Er setzte ebenfalls einen Verwalter ein und ging nach Karlsruhe zurück, den Rest des von ihm beanspruchten Landes will er zunächst pachten und dann sogar erwerben.⁶⁴ Die Entscheidung über den Antrag von Freiherr von Maltzahn ist ein Präzedenzfall und bezeichnend für die Realisierung der Vorgaben der Bundesregierung bezüglich der Bodenreform. So sind inzwischen Tausende Hektar Land natürlich ganz korrekt auf dem „Rechtsweg“ an die Junker und deren Nachkommen zurückgegeben geworden. Es gibt Junker, wie Hermann Graf von Pückler, die es in gewohnter Manier gar nicht verstehen können, warum sie das Land nicht bedingungslos zurückbekommen, obwohl es doch unter der Kontrolle des Bundes liegt.⁶⁵ Die Landwirte im Osten sagen, daß sie gar nichts gegen die ehemaligen Junker hätten, aber diese nähmen ihnen das Land ab und gingen weg und auf dem Land arbeiteten sie ja auch nicht. Auf die Forderungen der sog. „Alteigentümer“ auf Besitzanspruch reagierte die internationale Presse sarkastisch:

⁶³ Vgl. Holm, Knut: So kehren die Junker nach Ostelbien zurück, in: UZ, 20.1.1995, S. 3.

⁶⁴ Vgl. ebenda.

⁶⁵ Vgl. Pückler, Hermann Graf von: Bonn hat sich auf die Seite der roten Barone geschlagen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 172, 28.7.1994, S.7. Die Empörung des Herrn H.G. von Pückler darüber, daß die Regierung den Junkern nicht mehr bedingungslos dient, ist schon verständlich, aber er vergißt dabei, daß der Feudalismus vom Kapitalismus abgelöst wurde, und die Herren, denen jetzt gedient wird, nun Kapitalisten heißen.

„Schade, daß Hitler gestorben ist. Vielleicht hätte er auch Besitzansprüche geltend zu machen.“⁶⁶

Es gibt aber auch westdeutsche Bauern, die endlich einmal Landwirtschaft im großen Stil praktizieren wollen, nachdem sich überraschend auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Möglichkeit dazu ergeben hat. So z.B. Thomas Holm aus dem Schleswig-Holsteinischen Reinfeld, wo er 140 ha Land besaß; er kaufte sich 450 ha Land in dem Dorf Warnkenhagen in Mecklenburg, eine Größenordnung, die wenige Bauern im Westen besitzen.⁶⁷ Insgesamt waren bis Ende 1991 „bereits 1075 westdeutsche Agrarbetriebe von der Treuhandanstalt [mit] 250 000 Hektar sowohl durch Kauf oder langfristige Pachtverträge“⁶⁸ versorgt worden.

Die Europäische Union (EU) und die Bundesregierung veranlassen die Bauern im Westen, ihre Ländereien brach zu legen, dafür erhalten sie Gelder aus der EU-Kasse bzw. Bundesmitteln. Die Bauern nehmen die Gelder gerne an, vor allem seit dem Einverleiben der DDR, und kaufen sich dort billig noch größere Landflächen. Es ist kriminell, wie manche Westbauern im Osten an Land gekommen sind. „Nicht wenige haben ahnungslose Mecklenburger über den Tisch gezogen, um günstig an deren Äcker zu kommen. Oder wie Viehhändler den Mecklenburger ihre Kühe zu Spottpreisen abkauften.“⁶⁹

IX. Folgen der Reprivatisierung des Reformlandes

Infolge der Reprivatisierung des DDR-Eigentums durch die „Treuhand“ im allgemeinen und des Bodens im besonderen wurden im wahrsten Sinne des Wortes Ruinen geschaffen, wenn auch ohne Waffen.⁷⁰ Die DDR wurde faktisch erobert. „Der Eindruck der Ostdeutschen, ihre Heimat werde ‘im Kolonialstil’ von den Westdeutschen erobert, ist keinesfalls nur ein subjektives Zerrbild der Realität. Auch objektiv gesehen läuft beinahe alles auf eine Kolonialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der ehemaligen DDR hinaus.“⁷¹ Nicht wenige DDR-Bäuerinnen und

⁶⁶ Z.B. französische Zeitungen „Le Canard Enchaîné“, 17.10.1990; „Humanité“, 23.7.1993 und die UZ, 20.8.1993.

⁶⁷ Vgl. Vorholz, F.: Warten auf die fetten Jahre, a.a.O.

⁶⁸ Luft, Christa: Treuhandreport. Berlin 1992, S. 201.

⁶⁹ Vgl. Vorholz, F.: Warten auf die fetten Jahre, a.a.O.

⁷⁰ Siehe dazu: Demontage einer Industrienation, in: Zeitung, Luxembourg, 19.1.1995, S. 6; Köhler, Otto: Die große Enteignung, München 1994; Hammer der Zerstörung, in: Der Spiegel, Nr. 34, 23.8.1993, S. 18ff; Abschied eines Buhmanns, in: Der Spiegel, Nr. 51, 19.12.1994, S. 78ff; Das Ende der Treuhand oder: Wie vernichte ich eine Billion DM, in: Zeitung, Luxembourg, 29.9.1994, S. 6; Hans Luft, Was nichts kostet und dennoch viel einbringt, in: Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek, Luxembourg, 4.10.1995, S. 2; Kuczynski, Thomas: Wirtschaftlich wurde Ostdeutschland um zehn Jahre zurückgeworfen, in: Neues Deutschland (ND), Nr. 204, 1.9.1995, S. 8.

⁷¹ Christ, Peter/Neubauer, Ralf: Kolonie im eigenen Land, Reinbek 1993, S. 216.

Bauern machten sich Hoffnungen, nach der Abwicklung der DDR, „jetzt so richtig loslegen“ zu können, wie eine junge Frau sagte. „Statt loslegen zu können, mußte sie mit ansehen, wie ‘bei Nacht und Nebel’ westdeutsche Händler ‘mit einem Koffer voll Geld’ kamen und das Vieh abtransportierten.“⁷² Selbst der Agrarminister von Brandenburg, Edwin Zimmermann, mußte feststellen: „Die Lage in der heimischen Landwirtschaft werde immer katastrophaler.“ Die Bauern sind total verzweifelt, „ganze Dorfgemeinschaften, so Zimmermann, entzweien sich, die Bauern sind drauf und dran, sich die Köpfe einzuschlagen.“⁷³ Man kann inzwischen von einer regelrechten Landflucht wie in manchen Ländern der „Dritten Welt“ reden. Große Gebiete, die in der DDR-Zeit akzeptable landwirtschaftliche Ergebnisse erbrachten, sind schon zu Armenhäusern verkommen, „Wenn es irgendwo in Deutschland ein Armenhaus gibt, dann heißt auch das Mecklenburg-Vorpommern.“⁷⁴ Allein aus diesem „neuen Bundesland“ sind seit der Einverleibung der DDR, 80.000 Menschen weggezogen, weil es für sie keine Perspektive mehr auf dem Land gibt. Lediglich ganze 56 junge Mecklenburger wollen Bauern werden, notwendig wären jedoch 700 Auszubildende auf den landwirtschaftlichen Höfen, wie der Präsident des Mecklenburg-Vorpommerschen Bauernverbandes, Harald Röpke, feststellte. In der Landwirtschaft sind auf dem Gebiet der DDR von ehemals 850.000 nur noch 170.000 arbeitende Menschen übrig geblieben. Die meisten wurden vorzeitig in die Rente geschickt oder schlimmer noch in die Dauerarbeitslosigkeit entlassen.⁷⁵ „Von den 180.000 Landarbeitern, die vor der Wende im Hinterland der alten Hansestadt Greifswald beschäftigt waren, sind gerade 30.000 übriggeblieben. In anderen Gegenden und anderen Wirtschaftszweigen war der Rückgang noch steiler.“⁷⁶ Für die heutigen Verhältnisse kann insgesamt folgendes festgestellt werden: „80% der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft im Osten Deutschlands sind vernichtet.“⁷⁷ Die desolate Situation wird durch die Tatsache verstärkt, daß auch im industriellen Bereich seit der Einverleibung der DDR von zehn Arbeitsplätzen nur noch einer übrig geblieben ist.⁷⁸ Infolge der rigorosen Arbeitsvernichtungspolitik der westdeutschen Kolonialmacht - allein von Juli 1990 bis November 1991 stieg die Zahl der

⁷² Ebenda, S. 198.

⁷³ Ebenda, S. 197.

⁷⁴ Vorholz, F.: Warten auf die fetten Jahre, a.a.O.

⁷⁵ Vgl. ebenda und Kopistecki, Hans: Die Mieten explodieren, in: UZ, 3.3.1995, S. 4.

⁷⁶ Adam, Konrad: Der wilde Honig des Ostens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 66, 18.3.1995. Es gibt kein anderes Land, in dem so viele qualifizierte Akademiker in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sind, wie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

⁷⁷ Kopistecki, H.: Eine historische Aktion der Bauern und der Arbeiter, in: UZ, 1.9.1995, S. 13.

⁷⁸ Vgl. Zeitzeichen, WDR 2, Köln vom 18.12.1995, 19.10 Uhr.

Arbeitslosen in der ehem. DDR von 272.017 rasant auf 1.030.700⁷⁹ - greift die Armut um sich, jedes fünfte Kind lebt inzwischen unterhalb der Armutsgrenze, berichtete der Kinderschutzbund und stellte fest, daß die Kinder die Verlierer der Wiedervereinigung sind.⁸⁰ Nicht wenige Bauern, wie z.B. Wilhelm Schuldt, sind inzwischen zu der Ansicht gelangt, daß es in der DDR doch nicht so schlimm gewesen ist, „Früher habe es ab und zu freie Tage gegeben, und jetzt: ‘Nicht mal eine Stunde waren wir weg’ [...] Einmal sprang Schuldt sogar dem Arzt vom Operationstisch, als der einen Leistenbruch operieren wollte. Er glaubte, keine Zeit für einen Aufenthalt im Krankenhaus zu haben.“⁸¹

X. Der Kampf der Klassen geht weiter

Immer wieder versuchen die in den Jahren 1945 bis 1949 enteigneten Großgrundbesitzer, die Beschlüsse zur demokratischen Bodenreform zu unterlaufen. Mit juristischen Winkelzügen aber auch mit wohlwollender Beihilfe der Regierungen der Länder und des Bundes sind längst tausende Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und zahlreiche Wälder wieder in den Besitz der alten Junker und ihrer Nachkommen gelangt. Nun sind auch die Erben von Bodenreformland, die nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sind, davon bedroht, ihr Land an das jeweilige Bundesland abtreten zu müssen, schrieb Hans Kopistecki (RotFuchs Dezember 2000, S. 20). Einer von den vielen Betroffenen ist der Mecklenburger Norbert Denz, dessen Großvater im Zuge der Bodenreform 1945 insgesamt 7000 qm Land zugewiesen und übereignet worden war. Seit 1996 versucht das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ihm seinen Vermögensanspruch streitig zu machen. „Seither hat Denz den Glauben an den Rechtsstaat verloren.“⁸² Die Regierung der DDR unter Hans Modrow hatte am 16. März 1990 die Grundstücke „zu bürgerlichem Eigentum der Verfügungsberechtigten“⁸³ erklärt. Damit hatte sie „sämtliche Beschränkungen aufgehoben und den Eigentümern [...] zu vollwertigem Eigentum verholfen.“⁸⁴ Dies galt auch für das Land von Norbert Denz. Seine Grundstücke wurden dann nach dem Einverleiben der DDR von den aus dem Westen eingesetzten Rechtspflegern und Richtern auch so in die Grundbücher eingetragen.⁸⁵ Trotzdem hat der Fiskus in den

⁷⁹ Vgl. Luft, Hans: Die Treuhandanstalt, in: Deutschland Archiv, Köln, Jg. 24, 1991, Nr. 12, S. 1273.

⁸⁰ Vgl. Nachrichten, WDR 5, Köln vom 20.12.1995, 8.00 Uhr.

⁸¹ Vorholz, F.: Warten auf die fetten Jahre, a.a.O.

⁸² Kampf ums Erbe, in: Der Spiegel, Nr. 32, 3.8.1998, S. 58.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Die Erben des „Bodenreformlandes“ setzen auf Gerichtshof in Strassburg, in: FAZ, 10.6.2002, S. 14.

⁸⁵ Vgl. Kampf ums Erbe, in: Der Spiegel, a.a.O., S. 58f.

fünf ostdeutschen Bundesländern seit 1992 Tausende von Erben dieses Agrarlandes aus dem Grundbuch herausgenommen. Damit wurden viele Opfer, die in der DDR-Zeit „kein weiteres Vermögen bilden“⁸⁶ konnten, faktisch in den Ruin getrieben. Diese ehemaligen DDR-Bürger, deren geerbtes Bodenreformland der westdeutsche Staat nach dem Einverleiben der DDR entschädigungslos enteignet hat, erhoben Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Das Gericht hatte ihre „Beschwerde für ganz offensichtlich begründet erklärt“⁸⁷. Darüber hinaus hat das Gericht am 22. Januar 2004 die erfolgte Enteignung von ehemaligen DDR-Bauern „ohne Entschädigung als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention taxiert.“⁸⁸ Hans Modrow bezeichnete in einem Kommentar diese Entscheidung des Gerichtes als im Sinne des Völkerrechtes und der Vernunft⁸⁹ und als „ein Erfolg für alle ehemaligen DDR-Bürger“⁹⁰ sowie für seine Regierung. Mit dem Urteil von Straßburg sollte „das geschichtspolitische Drama um die DDR-Bodenreform“⁹¹ ein Ende finden. Darüber hinaus galt die Bodenreform seit dem Ende des Faschismus und „auch im vereinten Deutschland als sakrosankt.“⁹² Zuvor hatten schon die Regierungen der Sowjetunion und der DDR erklärt, daß sie keine Möglichkeit sehen, „die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren.“⁹³ Aber auch die sog. Alteigentümer ließen von Anfang an nicht locker. Sie klagten 1998 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um eine Rückgabe des Bodenreformlandes zu erzwingen. Der erste Senat des Gerichtes wies jedoch die Verfassungsbeschwerde der Alt-Junker in allen Punkten zurück.⁹⁴ „Gehen Sie in den Angriff“, rief die Anwältin des Landlords Otto Körnig, wie die Berliner Zeitung „TAZ“ wiedergab. Körnig hat „seinen“ Garten, bestehend aus über 2500 qm für läppische 8600 Mark schon „erworben“ und den Rest von weiteren zehn Hektar will er auch noch.⁹⁵ Die schwarz-gelbe Regierung der BRD schuf, entgegen dem Buchstaben des Einigungsvertrages, Mitte Dezember 2010 gesetzliche Rahmenbedingungen, damit die Junker etwa 500 000 Hektar Bodenreformland, davon 420 000

⁸⁶ Die Erben des „Bodenreformlandes“ setzen auf Gerichtshof in Straßburg, in: FAZ, 10.6.2002, S. 14.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Frühere DDR-Bauern zu Unrecht enteignet, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 23.1.2004, S. 1.

⁸⁹ Vgl. Modrow, Hans: Entscheidung entspricht Völkerrecht und Vernunft, in: UZ, 8.4.2005, S. 2

⁹⁰ Berg, Steffen u.a., Später Sieg des Ostens, in: Der Spiegel, Nr. 5, 26.1.2004, S. 20.

⁹¹ Käppner, Joachim: „Junkerland“ bleibt in Staates Hand, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 31.3.2005, S. 4.

⁹² Rosenbach, Marcel u.a.: Rückkehr der Junker, in: Der Spiegel, Nr. 45, 2.11.2009, S. 32.

⁹³ Müller, Reinhard: Offene Vermögensfragen, in: FAZ, 1.2.2011, S. 10.

⁹⁴ Vgl. Alteigentümer scheitern in Karlsruhe, AP, 22.11.2000 und Anmeldefrist ist verfassungsgemäß, FAZ, 28.11.1998, S. 7. (Aktenzeichen: 1 BvR 1730/98).

⁹⁵ Vgl. Gerlach, Thomas: „Otto, da ist was schief gelaufen“, in: TAZ, 21./22.2.2004, S. 5.

landwirtschaftliche und 80 000 Hektar forstwirtschaftliche Fläche, das noch im Besitz des Bundes war, leichter zurückerwerben können.⁹⁶ So hat z.B. Georg Prinz zur Lippe schon die Gunst der Stunde genutzt und 87 Hektar Weinberg rund um Meißen und 25 Hektar in Weimar erworben. „In zwei Jahren werden wir mehr als 100 Angestellte [Knechte wäre eher angebracht, d. Verf.] haben.“⁹⁷ Auch Manfred Graf von Schwerin nahm das Angebot des Bundes in Anspruch um „das 800 Hektar große Areal mit vorpommerschen Wäldern und Wiesen“⁹⁸ bevorzugt zu erwerben. „In Ostdeutschland herrscht Goldgräberstimmung: Aktionäre und Privatinvestoren kaufen im großen Stil Land und spekulieren auf steigende Preise.“⁹⁹ Dank der Kumpanei der politischen Klasse der BRD mit dem alten Junkertum wurde das alte Bauerland nicht nur in Junkerland, sondern auch noch in Bonzenland verwandelt. „Den Betroffenen ist schweres Unrecht widerfahren“¹⁰⁰, behauptet der FDP-Rechtspolitiker Max Stadler. Es wird jedoch nicht gefragt, was eigentlich das Unrecht war und wer die Betroffenen waren? Die Bodenreform war nach dem Willen der Siegermächte eine Maßnahme zur Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Militarismus. „Sie regelten die Einziehung des Vermögens solcher Personen, die als Hauptschuldige oder Belastete“¹⁰¹ während der NS-Diktatur festgestellt worden waren. Ist das etwa das Unrecht, wovon Max Stadler sprach? Zu ihnen gehörte, um nur einige Beispiele zu nennen, die Fürsten von Schaumburg-Lippe hatten ca. 8000 ha Land. „Einer der Brüder war Obersturmbannführer, der andere persönlicher Referent von Goebbels, Obersturmbannführer der Wachstandarte ‚Feldherrnhalle‘ und Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP.“¹⁰² Graf von Bassewitz-Behr hatte 25000 ha Landbesitz, war SS-Gruppenführer und „Generalleutnant der Polizei, der viele Hamburger Antifaschisten als dortiger Polizeipräsident auf dem Gewissen hat.“¹⁰³ Emil von Stauß, führendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank zwischen 1920 und 1933 gehörten 1800 ha. Er „wurde im Jahre 1934 zum Vizepräsidenten des Nazi-Reichtages ernannt.“¹⁰⁴ Göring beförderte ihn zum preußischen Staatsrat. Auf Burg Schlitz gab er „Empfänge für Hitler, Goebbels und Konsorten. Übrigens

⁹⁶ Vgl. Plickert, Philip: Späte Hoffnung für die Opfer der Bodenreform, in: FAZ, 9.11.2009, S. 16.

⁹⁷ Prinz zur Lippe erobert den Osten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), 8.11.2009, S. 37.

⁹⁸ Rosenbach, Marcel u.a.: Rückkehr der Junker, in: Der Spiegel, a.a.O., S. 32.

⁹⁹ Deggerich, Markus: Bauernland in Bonzenhand, in: Der Spiegel, Nr. 43, 25.10.2010, S. 60.

¹⁰⁰ Plickert, Philip: Späte Hoffnung für die Opfer der Bodenreform, in: FAZ, 9.11.2009, S. 16.

¹⁰¹ Gertner, Thomas: Bodenreform - das Kernproblem wird verkannt, in: FAZ, 12.2.2011, S. 39.

¹⁰² Christalle, Ernst-Otto: Unauslöschliche Geschichte: die Bodenreform, in: RotFuchs, Jg. 8, Nr. 92, September 2005, S. 4.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ O.M.G.U.S.: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen 1985, S.16.

heiratete Goebbels auf dem Gut Severin des Nazi-Kapitalisten Günter Quandt. Hitler fungierte als Trauzeuge.“¹⁰⁵

Kaum zu glauben, aber wahr, daß die Familie von Malte von Veitheim und Fürst zu Putbus fast ein Drittel der Insel Rügen, nämlich 18800 ha mit entsprechenden Gebäuden und Schlössern“¹⁰⁶ in ihrem Besitz hatte. Darüber hinaus besaß er in seinem Stammsitz in Putbus nahezu sämtlichen Grund und Boden, sogar die Straßen der Stadt.

Unter Berücksichtigung dieser Fakten mögen die Leserinnen und Leser nun selbst beurteilen, in welchem Verhältnis die Versäumnisse in der realsozialistischen DDR, zu den kriminellen Machenschaften, ja Verbrechen in der „demokratischen“ BRD stehen.

Literatur:

- Abschied eines Buhmanns, in: Der Spiegel, Nr. 51, 19.12.1994, S. 78ff.
- Adam, Konrad: Der wilde Honig des Ostens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 66, 18.3.1995.
- Alteigentümer scheitern in Karlsruhe, AP, 22.11.2000.
- Anmeldefrist ist verfassungsgemäß, FAZ, 28.11.1998, S. 7.
- Badstübner, Rolf (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/DDR 1981.
- Baum, Karl-Heinz: Der alte Streit soll bloß nicht neu entbrennen, in: Frankfurter Rundschau (FR), Nr. 202, 31.8.1994, S. 3.
- Berg, Steffen u.a., Später Sieg des Ostens, in: Der Spiegel, Nr. 5, 26.1.2004, S. 20.
- Bonn nennt Belege für sowjetische Bedingung, in: FR, Nr.202, 31.8.1994, S. 1.
- Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Frankfurt/M. 1993, S. 359.
- Bündnis der Arbeiter und Bauern; Dokumente und Materialien zum 30.Jahrestag der Bodenreform, Berlin/DDR 1975.
- Christ, Peter/Neubauer, Ralf: Kolonie im eigenen Land, Reinbek 1993.
- Christalle, Ernst-Otto: Unauslöschliche Geschichte: die Bodenreform, in: RotFuchs, Jg. 8, Nr. 92, September 2005, S. 4.
- Das Ende der Treuhand oder: Wie vernichte ich eine Billion DM, in: Zeitung, Luxembourg, 29.9.1994, S. 6.
- DDR, Werden und Wachsen, Berlin/DDR 1974.
- Deggerich, Markus: Bauernland in Bonzenhand, in: Der Spiegel, Nr. 43, 25.10.2010, S. 60.
- Demontage einer Industrienation, in: Zeitung, Luxembourg, 19.1.1995, S. 6.
- Deutsche Volkszeitung, 18.8.1945.
- Deutsche Volkszeitung, 21.10.1945.
- Deutsche Volkszeitung, 25.7.1945.
- Deutsche Volkszeitung, Nr. 69, 31.8.1945.

¹⁰⁵ Christalle, Ernst-Otto: Unauslöschliche Geschichte: die Bodenreform, a.a.O., S. 4.

¹⁰⁶ Ebenda.

- Deutsche Volkszeitung, Nr. 79, 12.9.1945.
- Deutsche Volkszeitung, Nr. 82, 15.9.1945.
- Deutsches Zentralarchiv Potsdam. Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 1291.
- Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten, Berlin/DDR 1947.
- Die Erben des „Bodenreformlandes“ setzen auf Gerichtshof in Strassburg, in: FAZ, 10.6.2002, S. 14.
- Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin/DDR 1959.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3, Bd. 1, Berlin/DDR 1959.
- Edwin, Hörnle: Das Agrarprogramm und die Agrarpolitik des Faschismus, in: Fragen des Agrarprogramms und der Agrarpolitik, Moskau 1935, H. 1, S. 57 f.
- Fromme, Friedrich K: Ein dunkles Kapitel der Nachkriegsgeschichte, in: FAZ, Nr. 243, 19.10.1995, S. 10.
- Frühere DDR-Bauern zu Unrecht enteignet, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 23.1.2004, S. 1.
- Galeano, Eduardo: Trotz aller Einwände, in: FR, 9.5.1992, S. ZB2.
- Gemeinsame Erklärung der Regierungen [...] , in: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, Bonn o.J., Anlage III, S. 1237.
- Gerlach, Thomas: „Otto, da ist was schief gelaufen“, in: Tageszeitung (TAZ), Berlin, 21./22.2.2004, S. 5.
- Gertner, Thomas: Bodenreform - das Kernproblem wird verkannt, in: FAZ, 12.2.2011, S. 39.
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt/M.1978, S. 100.
- Hammer der Zerstörung, in: Der Spiegel, Nr. 34, 23.8.1993, S. 18ff.
- Hans Kopistecki, in: RotFuchs, Dezember 2000, S. 20
- Hans Luft, Was nichts kostet und dennoch viel einbringt, in: Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek, Luxembourg, 4.10.1995, S. 2.
- Holm, Knut: So kehren die Junker nach Ostelbien zurück, in: Unsere Zeit (UZ), 20.1.1995, S. 3.
- Humanité, 23.7.1993.
- Humann, Klaus (Hrsg.): Wir sind das Geld, Reinbek 1990.
- Jacob, Otto: Vierzig Jahre Bodenreform in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1984.
- Kalinowski, Burga: „Komm rein, hier sitzt du gut“, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 29./30.8.2015, S. 18-19.
- Kampf ums Erbe, in: Der Spiegel, Nr. 32, 3.8.1998, S. 58.
- Käppner, Joachim: „Junkerland“ bleibt in Staates Hand, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 31.3.2005, S. 4.
- Köhler, Otto: Die große Enteignung, München 1994.
- Kopistecki, H.: Eine historische Aktion der Bauern und der Arbeiter, in: UZ, 1.9.1995, S. 13.
- Kopistecki, Hans: Die Junker kommen, in: UZ, Nr. 12, 10.6.1994, S. 3.
- Kopistecki, Hans: Die Mieten explodieren, in: UZ, 3.3.1995, S. 4.
- Kuczynski, Thomas: Wirtschaftlich wurde Ostdeutschland um zehn Jahre zurückgeworfen, in: Neues Deutschland (ND), Nr. 204, 1.9.1995, S. 8.
- Le Canard Enchaîné, 17.10.1990.

- LHA-Dresden, Ministerium für Landwirtschaft, Nr. 7/1437.
- LHP-Potsdam, Provinzverwaltung Mark Brandenburg. Mappe: Bericht über die Bodenreform vom 20.3.1946.
- Luft, Christa: Treuhandreport, Berlin 1992.
- Luft, Hans: Die Treuhandanstalt, in: Deutschland Archiv, Köln, Jg. 24, 1991, Nr. 12, S. 1273.
- Modrow, Hans: Entscheidung entspricht Völkerrecht und Vernunft, in: UZ, 8.4.2005, S. 2.
- Müller, Reinhard: Offene Vermögensfragen, in: FAZ, 1.2.2011, S. 10.
- Nachrichten, WDR 5, Köln vom 20.12.1995, 8.00 Uhr.
- Neubauer, Ralf: Rückkehr der Junker?, in: Die Zeit, Nr. 36, 2.9.1994, S. 26.
- O.M.G.U.S.: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen 1985.
- Opitz, Olaf: "Dann brennt die Luft", in: Focus, München, Nr. 6, 6.2.1995, S. 68.
- Ostheimer, Christof: Kampf um die Scholle. Zur Agrarpolitik der KPD, Stuttgart 1976.
- Plickert, Philip: Späte Hoffnung für die Opfer der Bodenreform, in: FAZ, 9.11.2009, S. 16.
- Pöttsch, Birgitt: "Der Boden ist schließlich unsere ganze Zukunft", in: Zeitung, Luxembourg, 3.9.1994, S. 4.
- Prinz zur Lippe erobert den Osten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), 8.11.2009, S. 37.
- Pückler, Hermann Graf von: Bonn hat sich auf die Seite der roten Barone geschlagen, in: SZ, Nr. 172, 28.7.1994, S.7.
- Reinert, Fritz: Der Befehl Nr. 209 der SMAD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin/DDR, Jg. 23, H. 1. 1975, S. 506.
- Rilling, Rainer: (Hrsg.), Sozialismus in der DDR, Bd. I, Köln 1979.
- Rosenbach, Marcel u.a.: Rückkehr der Junker, in: Der Spiegel, Nr. 45, 2.11.2009, S. 32.
- Rühle, Otto: Vom Untertan zum Staatsbürger, Berlin/DDR 1957.
- Schicksal des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945. Der Sächsische Adel e.V. (Hrsg.), Limburg 1994.
- Schön, ich gab die DDR weg: Michail Gorbatschow über seine Rolle bei der deutschen Vereinigung, in: Der Spiegel, Nr. 40, 2.10.1995, S. 66 und S. 74.
- Tägliche Rundschau, 8.9.1945.
- Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Berlin/DDR 1955.
- Unrecht festgeschrieben - am Bestand der DDR-Bodenreform ist nicht zu rütteln, in: FR, Nr. 228, 30.9.1995, S. 9.
- Unsere Zeit, 20.8.1993.
- Volks-Zeitung, Halle, Nr. 19, 4.9.1945.
- Vorholz, Fritz: Warten auf die fetten Jahre, in: Die Zeit, Nr. 42, 14.10.1994, S. 28.
- Zeitzeichen, WDR 2, Köln vom 18.12.1995, 19.10 Uhr.
- Zur Unumkehrbarkeit der Enteignungen - Auszüge aus der von der Bundesregierung vorgelegten Verhandlungschronologie, in: FR, Nr. 205, 3.9.1994, S. 5.

*Dr. Martin Baraki lehrt internationale Politik an der Philipps-Universitäten Marburg.

Email: **baraki@uni-marburg.de**

Internet: <http://www.staff.uni-marburg.de/~baraki>